

Vaduz kämpft gegen Image der Steueroase



Das Fürstentum Liechtenstein soll nach dem Willen seines designierten Regierungschefs **Klaus Tschütscher** vom „Image der Steueroase“ loskommen. Unter anderem könnte dazu ein mit der EU ausgehandeltes Abkommen unterzeichnet werden, das bei Steuerbetrug Amtshilfe vorsieht, deutete Tschütscher gestern in Vaduz an. Da im Juni ein Verhandlungsabschluss mit der EU erzielt worden sei, der bei Steuerbetrug Amtshilfe vorsehe und bei Steuerhinterziehung auf bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen verweise, spreche einiges dafür, das Abkommen zu unterzeichnen und weitergehende Vereinbarungen bilateral mit den einzelnen Mitgliedsländern abzuschließen. Steuerhinterziehung ist in Liechtenstein nicht direkt ein strafbares Vergehen. Liechtenstein sei bereit, einen konstruktiven Beitrag zur stärkeren Einbindung der europäischen Finanzplätze zu leisten, sagte der künftige Regierungschef. Die Alternative zu einer solchen Lösung wäre „eine sukzessive Vermögensverlagerung in außereuropäische Finanzplätze“. Besonders Deutschland wirft Liechtenstein vor, Steuerhinterzieher zu begünstigen. DPA

Kasachstan verstärkt Auslandsspionage

Die zentralasiatische Republik Kasachstan hat die Gründung eines Auslandsgeheimdienstes angekündigt. Präsident Nursultan Nasarbajew unterzeichnete nach Angaben seines Pressedienstes gestern einen entsprechenden Erlass in Astana. Nasarbajew erklärte die Schaffung der neuen Behörde namens Syrbar mit dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis des ölreichen Staates, der 2010 den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) übernehmen soll. Zum Spionagechef wurde laut der russischen Staatsagentur RIA Nowosti der bisherige kasachische Botschafter in der Schweiz, Liechtenstein und im Vatikan, Amanschol Schankulijew, ernannt. Bislang war für die Aufklärung im Ausland eine Abteilung im Komitee für Nationale Sicherheit zuständig gewesen, die nun aufgelöst sei. DPA

Flüchtlinge randalieren auf Lampedusa

Bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und Immigranten im Flüchtlingslager der italienischen Insel Lampedusa sind gestern mehrere Menschen verletzt worden. Rund 100 tunesische Flüchtlinge hätten am Morgen zunächst vergeblich versucht, die Tore des Auffanglagers der Insel aufzubrechen, berichteten italienische Medien. Nach Angaben der örtlichen Polizei setzten die Immigranten dann Matratzen und Müll in Brand. Ein Gebäude des Lagers sei dabei zerstört worden. Bei dem Versuch der Einsatzkräfte, die Situation unter Kontrolle zu bekommen, seien mehrere Menschen auf beiden Seiten verletzt worden. Die Flüchtlingsproteste hatten am Vortag begonnen. 300 Tunesier traten in den Hungerstreik, um gegen die geplante Abschiebung von 107 Lagerinsassen ebenfalls tunesischer Nationalität zu protestieren. Italiens Regierung hatte Ende Januar die Abschiebung aller tunesischen Flüchtlinge binnen zwei Monaten angekündigt. DPA

Al-Kaida bekennt sich zu Entführung in Mali

Die Terrorgruppe al-Kaida im Maghreb hat sich zu der Entführung einer Deutschen und drei weiterer europäischer Touristen Ende Januar in Mali bekannt. Der Sender al-Dschasira strahlte eine entsprechende Botschaft aus. Die 77 Jahre alte Deutsche war zusammen mit einem Schweizer Ehepaar, einem Briten und einem afrikanischen Fahrer entführt worden. Algerische Medien hatten bereits vor einigen Tagen berichtet, dass al-Kaida hinter der Entführung stecke. Die Gruppe suche gezielt nach europäischen Opfern, um hohe Lösegelder zu erpressen. DPA

Silvio Berlusconi festigt seine Macht

Krise der Opposition stärkt Italiens Regierungschef · Erneut droht Zersplitterung der Parteienlandschaft

VON ANDRE TAUBER, MAILAND

Dank der Krise der linken Demokratischen Partei (PD) kann Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi vorerst ohne effektive Opposition regieren. PD-Chef Walter Veltroni bestätigte gestern seinen Rücktritt als Parteivorsitzender – ohne dabei jedoch einen Nachfolger zu präsentieren. Damit deutet sich an, dass die Oppositionspartei vorerst nur kommissarisch geführt werden wird.

Für Berlusconi bedeutet das zumindest kurzfristig eine erhebliche Stärkung seiner Position. „Er kann damit tun und lassen, was er will“, sagt James Walston, Professor an der Amerikanischen Universität in Rom. Berlusconi ist fester im Amt als jeder andere Regierungschef in der jüngeren Geschichte des Landes. Seine Machtfülle wird dabei jedoch unterschiedlich bewertet. Einerseits genießt er wegen seiner

Entscheidungsfreudigkeit hohe Popularität. Andererseits werfen ihm Kritiker vor, sein Amt für persönliche Zwecke zu missbrauchen.

Der Vorwurf des Machtmissbrauchs wurde am Dienstagabend wieder laut, nachdem ein italienisches Gericht den britischen Anwalt David Mills für schuldig befunden hat, gegen die Zahlung von 600 000 \$ mehrfach zugunsten Berlusconis vor Gericht ausgesagt zu haben. Mills wurde zu vier Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Das Verfahren gegen Berlusconi wurde eingestellt, da der Regierungschef seit Juli durch ein von seiner Regierung durchgesetztes Gesetz geschützt ist. Berlusconi hat die Vorwürfe zurückgewiesen.

Allerdings wird Berlusconi auch im eigenen Lager vorgeworfen, demokratische Spielregeln nicht zu beachten. Gianfranco Fini, Präsident der Abgeordnetenkammer und einflussreicher Politiker der

rechtsnationalen Alleanza Nazionale, die an der Regierung beteiligt ist, verurteilte mehrfach Berlusconis Praxis, mit Verordnungen am Parlament vorbeizuregieren und mit der Vertrauensfrage die Abgeordneten auf Linie zu trimmen.

Experten zufolge wird Berlusconi von einer dauerhaften Krise der Opposition wenig profitieren. „Jeder braucht die Opposition, um die Gleichgewichte innerhalb der Regierungskoalition aufrechtzuerhalten“, sagt Roman Maruhn, Experte vom Centrum für angewandte Politikforschung. Neben Politikern aus der rechtsnationalen Alleanza Nazionale könnte etwa auch die rechtspopulistische Lega Nord aufbegehren. Sie hat in der PD stets einen Ansprechpartner für eine angestrebte Föderalismusreform gesehen.

Insgesamt kommt die Stabilität der Parteienlandschaft in Gefahr. Der Demokratischen Partei könnte

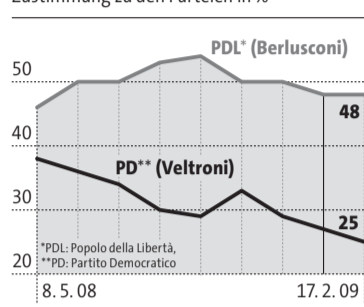
die Mitte wegbrechen. Parteien wie die UDC von Pier Ferdinando Casini könnten profitieren und dabei auch Wähler von Berlusconis Partei Volk der Freiheit anziehen, sagt Luca Verzichelli, Professor der Universität Siena. Italiens Parteiensystem könnte sich damit wieder stärker zersplittern. Die Gründung der Demokratischen Partei und der Regierungspartei Volk der Freiheit war

der Versuch, ein stabiles Zweiparteiensystem einzuführen.

Auf kurze Sicht hingegen wird Berlusconis Regierungspartei Volk der Freiheit die Macht wohl ausbauen. Im Juni dieses Jahres finden neben Europawahlen auch Urnengänge in zahlreichen italienischen Kommunen und Provinzen statt. Die Wahlen drohen angesichts der aktuellen Führungskrise zu einem „Desaster“ für die Demokratische Partei zu werden, sagt Verzichelli.

Parteichef Veltroni war zurückgetreten, nachdem die Partei überraschend stark die Regionalwahlen in Sardinien verloren hatte. Er übernahm auch die politische Verantwortung für eine Wahlniederlage in der Region Abruzzes im vergangenen Jahr. Die Demokratische Partei war vor rund einem Jahr als eine Sammlungsbewegung der Linken gegründet worden. Sie hat es bislang nicht geschafft, die Strömungen zu vereinen.

Kein Vertrauen in die Opposition



„Die Soldaten lassen uns nicht in Frieden leben“, klagen diese **mexikanischen Demonstranten**. Die Regierung vermutet, die Mafia habe die Proteste organisiert

Mexikos aussichtslose Schlacht

Die Regierung droht im Kampf gegen die allmächtige Mafia zu scheitern. Neben Drogen handeln die Kartelle inzwischen kräftig mit Raubkopien und erwirtschaften damit Milliarden – ungestört vom Staat

MATTHIAS KNECHT

Die vergangenen Tage verliefen in Mexiko im üblichen Rahmen: Die Polizei registrierte 54 Morde innerhalb von 60 Stunden. Nationales Aufsehen erregte lediglich ein Fall im bisher friedlichen Bundesstaat Tabasco. Dort brachte ein Killerkommando die zwölköpfige Familie eines Polizisten um, darunter acht Kinder. Die tägliche Gewalt in Mexiko hat ein solches Ausmaß erreicht, dass das US-Verteidigungsministerium das Nachbarland inzwischen als nationales Sicherheitsrisiko betrachtet. Das Pentagon sieht Mexiko in Gefahr, zum „Failed State“ zu werden, zum gescheiterten Staat, und nennt das Land in einem Atemzug mit Pakistan.

Umgehend wies Mexikos Präsident Felipe Calderón die unschmeichelhafte Einschätzung zurück. Der Anstieg der Gewalt zeige im Gegenteil, wie verzweifelt die Kartelle unter dem Druck seines „Krieges gegen die Drogen“ seien. Wie kein mexikanischer Präsident zuvor geht er gegen das organi-

sierte Verbrechen vor. 36 000 Soldaten und Bundespolizisten schickte er seit seinem Amtsantritt vor zwei Jahren in diesen Kampf. Sie beschlagnahmten Tausende Tonnen Drogen, 170 Mio. \$ Bargeld, Kleinflugzeuge, Waffen und anderes Gerät. Zudem gingen den Behörden mehrere Mafiabosse ins Netz.

Dennoch wächst nicht nur in den USA die Sorge, dass Calderón mit seiner Strategie scheitern könnte. „Die Regierung Calderón geht gegen die Chefs der Kartelle vor. Das ist sehr gut, aber das reicht nicht“, sagt Edgardo Buscaglia. Der in Mexiko-Stadt lehrende Professor, der Regierungen in aller Welt im Kampf gegen das organisierte Verbrechen berät, bemängelt den „einseitig militärischen Fokus“ Calderóns. Das provoziere umso vehementere Gegenschläge der Mafia.

So wächst die Gewalt in Mexiko weiter. 2008 wurden mehr als 5600 Menschen ermordet, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. Vor allem in den nördlichen Grenzstädten Juárez und Tijuana gehören abgeschnittene Köpfe und grausig zugerichtete Leichen fast zum Alltag. Hinzu kommt die dramatische Zunahme von Entführungen.

Viele in Mexiko halten das Gewaltproblem immer noch für eine Begleiterscheinung des Drogenschmuggels von den südamerikanischen Anbaugebieten in die USA. Das suggerieren verbreitete Begriffe wie „Drogenkrieg“ oder „Narkogewalt“. Tatsächlich aber agieren die vermeintlichen Drogenkartelle schon längst in vielen – illegalen – Wirtschaftszweigen.

Das organisierte Verbrechen Mexikos erzielt mit mehr als 20 verschiedenen „Geschäftstätigkeiten“ Schätzungen zufolge Jahresumsätze von rund 100 Mrd. \$. Fest in Hand der Mafia ist etwa der Handel mit DVDs. Raubkopierte Hollywoodfilme, die Straßenhändler im ganzen Land anbieten, tragen häufig das Siegel der Bande, die das lokale Geschäft dominiert. In der Stadt San Luis Potosí wurden vergangenes Jahr Straßenhändler ermordet, die Filme konkurrierender Banden verkauften. Im Bundesstaat Michoacán präsentierte sich das lokale Kartell,

„die Familie“, seit Neuestem im Vorspann „ihrer“ DVDs in einem Werbetrailer. Neun von zehn verkauften Filmen in Mexiko seien Raubkopien, klagte kürzlich einer der wenigen legalen Filmhändler.

Neben dem Raubkopieren sind Menschenmuggel, Waffenhandel, Entführungen und Erpressungen einträgliche Geschäftsfelder der Kartelle. Als erfolgreichstes kriminelles Unternehmen Mexikos gilt das Kartell von Sinaloa. Der Zusammenschluss von Capos im gleichnamigen Bundesstaat ist inzwischen in mindestens 25 Ländern weltweit tätig.

Wie groß das Vermögen der Mafia ist – Firmen, Infrastruktur, Häuser und Ländereien –, weiß niemand. Die Justiz kümmert sich nicht darum. Die Geschäfte gefasster Bosse werden meist von Familienmitgliedern weitergeführt, ohne dass der Staat eingreift. Ebenso wenig ermitteln die Behörden von sich aus, wenn verdächtige Geschäftsaktivitäten einen kriminellen Hintergrund vermuten lassen.

Lasche Vermögenskontrollen seien ein Hauptgrund für das Scheitern der Verbrechenbekämpfung, glaubt Buscaglia. Dass die Mafia besiegbar sei, zeige das Beispiel Kolumbien. Der dortige Präsident Álvaro Uribe habe die Kartelle zurückdrängen können, da er mehr getan habe, als nur die Armee zu entsenden, sagt Buscaglia: „Er hat auch in die Prävention investiert, er hat die Korruption bekämpft, und er hat Vermögenswerte zweifelhaften Ursprungs eingezogen. In Mexiko ist das leider noch nicht der Fall.“

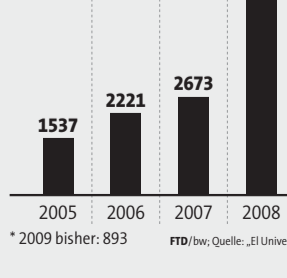
Drogenkriegsopfer

Anstieg Seit Beginn des „Krieges gegen die Drogen“ 2006 explodierte die Zahl der Getöteten.

Erklärung Der Regierung zufolge stehen die Kartelle zunehmend unter Druck und bekriegen sich vermehrt gegenseitig.

Für eine Handvoll Peso

Tote* im mexikanischen Drogenkrieg



Sarkozy öffnet Staatskasse für Bedürftige

Präsident versucht, soziale Spannungen zu mindern

VON LUTZ MEIER, PARIS

Präsident Nicolas Sarkozy hat den Franzosen soziale Wohltaten versprochen, um die wachsende Spannung im Land zu dämpfen. Zur Eröffnung eines von ihm organisierten Gipfeltreffens mit den Sozialpartnern kündigte Sarkozy gestern zusätzliche Milliardenausgaben in diesem Jahr an, die etwa Familien und Kurzarbeitern zugute kommen sollen. „Der Gesamtumfang meiner Vorschläge beläuft sich für den Staat auf eine Summe zwischen 1,65 und 2,65 Mrd. €“, sagte Sarkozy laut einem vom Elysée-Palast verbreiteten Redetext. Wie er diese Kosten angesichts des extrem angespannten Budgets finanzieren will, sagte Sarkozy jedoch nicht.

Das Treffen wurde überschattet von der Eskalation der Gewalt auf der zu Frankreich zählenden Karibikinsel Guadeloupe. Nach fast vier Wochen Streiks hatte die soziale Bewegung in den französischen Überseegebieten in der Nacht zu einem ersten Todesfall geführt. Ein Gewerkschaftsführer wurde von Unbekannten an einer Barrikade erschossen. Mehrere Polizisten wurden verletzt. Laut Augenzeugen dominieren Barrikaden, Brandstiftung und Plünderungen auf der Insel.

Die Gewerkschaftsvertreter in Paris kündigten auf dem Weg zu dem Treffen mit Sarkozy an, dass sie das Thema auf die Tagesordnung bringen wollten. Ursprünglich wollte sich Sarkozy erst heute mit der Lage in den Überseegebieten beschäftigen, zu der er sich bislang nicht geäußert hat. Am Abend ist ein Treffen mit Abgeordneten von den Inseln geplant.

Mit den neuen Sozialmaßnahmen versucht der Präsident zu verhindern, dass die sozialen Unruhen von den Inseln auf das Mutterland Frankreich übergreifen. Regierungsmitglieder haben in den vergangenen Wochen das Klima im Land als gespannt beschrieben.

Im Detail schlug Sarkozy vor, die Vergütung für Kurzarbeiter auf 75 Prozent ihres Bruttolohns zu erhöhen. Bestimmte Arbeitslose sollen eine Sonderzahlung von 400 bis 500 € erhalten. Mithilfe des Staates soll ein Milliardenfonds aufgelegt werden, unter anderem, um Arbeitslosen bei Weiterbildung und Jobsuche zu helfen. Bedürftige will Sarkozy dieses Jahr ein Drittel ihrer Einkommenssteuer streichen. Schließlich sollen bedürftige Familien von einer Sonderzahlung des Staates profitieren.

Sarkozy beließ es allerdings nicht bei der Ankündigung neuer Wohltaten. Er richtete auch Forderungen an die Arbeitgeber. Manager sollten verbindlich auf Bonuszahlungen verzichten, „wenn ihre Unternehmen massiv Kurzarbeit nutzen oder im großen Stil betriebsbedingt kündigen“, so Sarkozy.